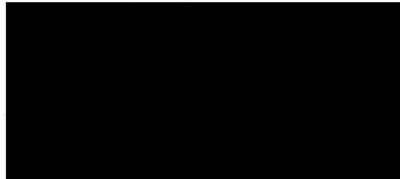




Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

Mittlere Bleiche 61
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 97
Poststelle@mwwk.rlp.de
www.mwwk.rlp.de

23.05.2019



Mein Aktenzeichen Ihr Schreiben vom
15310-Tgb.Nr.3516/19 25. April 2019
Bitte immer angeben!

Ansprechpartner/-in / E-Mail

Telefon / Fax



**Ihr Antrag auf Informationszugang nach Landestransparenzgesetz hinsichtlich
der Zusammenführung der Technischen Universität Kaiserslautern mit dem
Standort Landau**

Sehr geehrter Herr 

vielen Dank für Ihre Anfrage nach Informationszugang nach Landestransparenzge-
setz, die ich gerne beantworten möchte.

Sie begehren Zugang zu

1. Unterlagen zur „weitere unabhängige Analyse von Hochschulmanagerinnen und –managern über die Potentiale und Chancen für den Hochschulstrukturreformprozess“,
2. Unterlagen zur „Prüfung durch das MWWK“ und
3. das Strategiepapier „Verselbstständigung des Universitätsstandortes Koblenz und Zusammenführung von Landau und er TU Kaiserslautern“.

Ihrem Antrag auf Informationszugang nach § 11 LTranspG kann nur in Teilen entspro-
chen werden.

1. Unterlagen zur „weiteren unabhängigen Analyse von Hochschulmanagerinnen und –managern über die Potentiale und Chancen für den Hochschulstrukturreformprozess“ können nicht gewährt werden, da verschriftlichte Unterlagen hierzu nicht vorlie-



gen. Im Anschluss an den Bericht der Expertenkommission wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, bestehend aus Mitgliedern der Hochschulleitungen der beiden Universitäten, Vertreterinnen und Vertretern des MWWK sowie erfahrenen Hochschulmanagerinnen und -managern, die eigens über die Potentiale und Chancen für eine Zusammenlegung der Standorte beraten hat. Die Landesregierung hat die Anregungen der Expertenkommission sowie die Ergebnisse der Arbeitsgruppe aufgegriffen und entschied am 12. Februar 2019, eine Neustrukturierung der Universitätsstandorte vorzunehmen. Die Analyse der unabhängigen Hochschulmanagerinnen und -managern wurden in der Arbeitsgruppe vorgetragen, schriftliche Unterlagen liegen keine vor, die herausgegeben werden können.

2. Unterlagen zur „Prüfung durch das MWWK“: Der Zugang zu diesen Informationen ist gem. § 14 Abs. 1 Satz 1 LTranspG abzulehnen. Dem Anspruch auf Informationen stehen öffentliche Belange entgegen, namentlich ist der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung betroffen. Sofern Zugang zu Informationen aus diesem Bereich beantragt wurde, hat dieser zu unterbleiben.

Unter dem Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung wird der Initiativ-, Beratungs- und Handlungsbereich verstanden, der notwendig ist, die Funktionsfähigkeit und Eigenverantwortung der Regierung zu wahren. Der politische Entscheidungsbildungsprozess soll der Kenntnis Dritter entzogen sein, damit diese keine Rückschlüsse auf die weiteren politischen Planungen und Strategien ziehen können, die in der alleinigen Kompetenz der Regierung liegen.

Die seit der Veröffentlichung des Hochschulzukunftsprogramms geführten Gespräche mit Hochschulleitungen und weiteren unabhängigen Hochschulmanagerinnen und -managern und die Prüfungen durch das MWWK sind Bestandteil der Willensbildung der Regierung. Sie bereiten die Entscheidung der Zusammenführung der TU Kaiserslautern mit dem Campus Landau vor und werden den gerade am Anfang stehenden Prozess lenken. Im Herbst nächsten Jahres soll das gemeinsam mit den betroffenen Universitäten gestaltete Gesetz zur Zusammenführung der Universitätsstandorte in



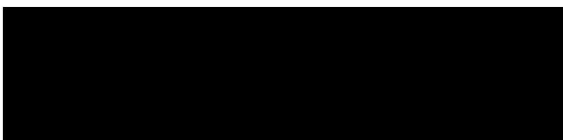
Kraft treten. In weiteren zwei Jahren soll die Umstrukturierung vollzogen werden. Diese gesamte Phase ist dem Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung zuzuordnen, eine Beeinträchtigung der Willensbildung in diesem Kernbereichs ist zu vermeiden. Ein Zugang zu diesen Informationen ist mithin abzulehnen.

3. Das Strategiepapier „Verselbstständigung des Universitätsstandortes Koblenz und Zusammenführung von Landau und der TU Kaiserslautern“ übersende ich Ihnen hiermit. Das Papier wird auch auf die Informationsplattform im Internet eingestellt. (<https://mwwk.rlp.de/de/themen/wissenschaft/hochschulzukunftsprogramm/hs-strukturreformprozess/>).

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Unterlagen weitergeholfen zu haben.

Ich weise Sie auf § 19 Abs. 2 LTranspG hin. Danach besteht die Möglichkeit, den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit anzurufen, wenn Sie Ihr Recht auf Informationszugang nach Landestransparenzgesetz als verletzt ansehen.

Mit freundlichen Grüßen



Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist beim Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur einzulegen. Der Widerspruch kann

1. schriftlich oder zur Niederschrift beim Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur, Mittlere Bleiche 61, 55116 Mainz oder
2. durch E-Mail mit qualifizierter elektronischer Signatur¹ an mwwk@poststelle.rlp.de erhoben werden.

¹ vgl. Artikel 3 Nr. 12 der Verordnung (EU) Nr. 910/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 über elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt und zur Aufhebung der Richtlinie 1999/93/EG (ABl. EU Nr. L 257 S. 73).



HOCHSCHULSTRUKTURREFORM



Verselbstständigung des Universitätsstandorts Koblenz und Zusammenführung von Landau und der TU Kaiserslautern

Im Koalitionsvertrag haben sich die regierungstragenden Fraktionen darauf verständigt, eine neue Dynamik für das Wissenschaftsland Rheinland-Pfalz zu entwickeln. Das MWWK schafft mit dem **Hochschulzukunftsprogramm** den geeigneten Rahmen dafür. Mit diesem Programm werden die Hochschulen gestärkt, hervorragende Leistungen in Forschung und Lehre zu erbringen, auf gesellschaftliche Bedarfe einzugehen und ihre Funktion als Impulsgeber in den jeweiligen Regionen wahrzunehmen. Gleichzeitig wird die Struktur des Hochschulsystems daraufhin untersucht, inwieweit es auf aktuelle Herausforderungen wie Innovation, Internationalität, Digitalisierung, demografische Entwicklungen und Fachkräftebedarf geeignete Antworten geben kann und wo notwendige strukturelle Anpassungen insbesondere durch das MWWK vorzunehmen sind. Hierfür ist jetzt der richtige Zeitpunkt, da derzeit in Vereinbarungen von Bund und Ländern wichtige Weichenstellungen für die zukünftige Hochschulfinanzierung gestellt werden. Die wissenschaftspolitischen Initiativen, die die Landesregierung in den vergangenen Jahren entwickelt und umgesetzt hat, zeigen Erfolge. Das rheinland-pfälzische Hochschulsystem hat eine Vielzahl von Stärken, die das MWWK für *die Zukunft weiter ausbauen will*. Hierzu gehören unter anderem die differenzierte *Hochschullandschaft* mit einem breiten Spektrum von Studienangeboten und Forschungsaktivitäten in den verschiedenen Regionen von Rheinland-Pfalz, der hohe Grad an Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung und die vor zehn Jahren begonnene Forschungsinitiative, die zu einem bedeutsamen Zuwachs an Forschungserfolgen in Rheinland-Pfalz geführt hat.

Damit Rheinland-Pfalz seine positive Ausgangslage weiter ausbauen und den sich stellenden Herausforderungen in Zukunft erfolgreich begegnen kann, hat das MWWK

einen Prozess der strategischen Weiterentwicklung der Hochschulen eingeleitet. Hierzu gehört auch eine **wissenschaftsbegleitete Analyse**. Das MWWK hat eine unabhängige Expertenkommission im April 2017 damit beauftragt, das rheinland-pfälzische Hochschulsystem hinsichtlich seiner weiteren Chancen, Herausforderungen und Potentiale zu begutachten und zu bewerten. Im April 2018 haben die Expertinnen und Experten ihren Bericht vorgelegt, der den bisherigen Kurs der Landesregierung eindeutig bestätigt und zugleich wertvolle Anregungen zur Entwicklung des Hochschulsystems in unserem Land gibt.

Expertenbericht:

https://mwwk.rlp.de/fileadmin/mbwwk/Service_Sonstiges/Hochschulzukunftsprogramm_Rheinland-Pfalz.pdf

Das MWWK greift die Empfehlungen auf und wird die Entwicklung des Hochschulsystems fachlich wie auch strukturell weiter vorantreiben. Auf Basis

1. der eigenen strategischen Überlegungen,
2. der von der Expertenkommission erhaltenen Hinweise sowie
3. der mit dem Ministerium der Finanzen abzustimmenden Finanzierbarkeit und
4. der Ergebnisse der laufenden Bund-Länder-Verhandlungen zu hochschulbezogenen Pakten,

leiten sich konkrete Maßnahmen und Strukturveränderungen ab. Das Hochschulzukunftsprogramm und die in diesem Zusammenhang geplanten Vorhaben werden die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit aller Hochschulstandorte in Rheinland-Pfalz steigern. Erste Vorhaben wie die Weiterentwicklung der Forschungsinitiative, die Einrichtung eines Forschungsfonds, der die Hochschulen gezielter dabei unterstützt, ausgewiesene universitäre Leistungsbereiche auszubauen und neue Forschungsthemen zu erschließen, oder die Förderung von Forschungskollegs, die gemeinsam von Universitäten und Fachhochschulen betrieben werden, wurden bereits umgesetzt.

Weitere Maßnahmen und Strategien sind in der Entwicklung und werden in Gesprächen mit allen Hochschulleitungen erörtert.

Perspektiven der Universitätsstandorte

Technische Universität Kaiserslautern

Die Technische Universität Kaiserslautern hat sich in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich entwickelt. Gemeinsam mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Kaiserslautern sind Profilschwerpunkte entstanden, die national und international ausstrahlen. Das Land hat insbesondere mit der Forschungsinitiative dazu beigetragen, die Forschungsstärke der Universität weiterzuentwickeln und die hohen Einwerbungen von Drittmitteln im bundesweiten Wettbewerb zu ermöglichen. Diese Erfolge hat die Expertenkommission deutlich gewürdigt. Besondere Stärken sieht das MWWK im MINT-Bereich und im Bereich der Digitalisierung. Daneben schafft die mit Unterstützung des MWWK entstandene und in Kaiserslautern gut etablierte Wissenschafts- und Innovationsallianz eine enge Verbindung mit der Stadt, der Wirtschaft und den leistungsstarken außeruniversitären Einrichtungen im Raum Kaiserslautern. Beispielsweise seien hier die Kooperationen mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz und den in Kaiserslautern ansässigen Fraunhofer-Instituten zu nennen, die exemplarisch für die erfolgreiche regionale Vernetzung und die daraus hervorgehende Innovationsfähigkeit in der Stadt und der Region sind. Trotz dieser *sehr guten Entwicklung unterscheidet sich die TU Kaiserslautern aufgrund ihrer starken fachlichen Fokussierung und der damit verbundenen Größe (10.400 Studierende ohne Berücksichtigung der Fernstudierenden) in ihren weiteren Entwicklungsmöglichkeiten deutlich von den großen technisch orientierten Universitäten in Deutschland. Ihre gute Entwicklung kann sie vor allem dann weiterführen, wenn sie in die Lage versetzt wird, sich vergleichbarer zu den TU9 - den neun führenden technischen Universitäten in Deutschland - wissenschaftlich breiter aufzustellen. Dazu zählen eine Erweiterung der Studienangebote, der Ausbau bestehender Profildbereiche und das Erschließen neuer Forschungsgebiete. Das MWWK wird mit der Neuausrichtung der*

Forschungsinitiative und dem Forschungsfonds die bestehende Spitzenforschung an der TU Kaiserslautern weiter zielgerichtet stärken und dazu beitragen, dass neue Forschungsschwerpunkte entstehen können. Gleichzeitig verfolgt das MWWK den Weg, die TU Kaiserslautern noch enger mit der gesamten Region der Pfalz zu vernetzen und durch eine Zusammenführung mit dem Campus Landau der Universität Koblenz-Landau neue Impulse für Forschung, Lehre und Transfer zu erzielen.

Universität Koblenz-Landau

Die Universität Koblenz-Landau ist eine stark wachsende Hochschule, die ihre Studierendenzahlen seit dem Jahr 2005 von rund 11.000 auf heute über 17.000 erhöht hat. Mit dem Hochschulpakt und verschiedenen Stellenprogrammen hat das MWWK diese Entwicklung unterstützt. Bundesweit ist die Universität Koblenz-Landau eine der größten Universitäten im Bereich der Lehramtsstudiengänge mit Schwerpunkten in der Bildungsforschung und den Erziehungswissenschaften. Darüber hinaus hat sie sich unter dem Leitbild „Mensch - Bildung – Umwelt“ inhaltlich profiliert. Die beiden akademischen Standorte Koblenz und Landau haben sich jedoch in den letzten beiden Jahrzehnten unabhängig voneinander weiterentwickelt und eigene Profile ausgebildet. Dies ist darin begründet, dass die beiden Standorte mit einer Entfernung von ca. 180 km in sehr unterschiedlichen regionalen Kontexten mit unterschiedlichen regionalen Bedarfen und Kooperationspartnern agieren. Zudem werden sie vom Standort Mainz aus verwaltet. Die Drei-Standort-Struktur der Universität Koblenz-Landau mit ihren großen räumlichen Distanzen stellt die Einrichtung vor große und besondere Herausforderungen. Das MWWK hat die Frage der Funktionalität der Standort-Struktur der Universität Koblenz-Landau kritisch überprüft und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Struktur insgesamt nicht geeignet ist um die beiden akademischen Standorte und damit auch des rheinland-pfälzischen Hochschulsystems optimal weiter zu entwickeln. Diese Einschätzung wurde durch den Expertenbericht bestätigt. Für die Entwicklung des Standortes Landau ergeben sich bessere Chancen in einer Zusammenführung mit der benachbarten Technischen Universität Kaiserslautern. Für

den Standort Koblenz liegen die künftigen Entwicklungspotenziale stärker in der Region Koblenz und dem nördlichen Rheinland-Pfalz. Die räumliche Distanz der beiden akademischen Standorte zum Verwaltungssitz in Mainz behindert eine enge regionale Einbettung und die Abläufe innerhalb der Universität.

Konsequenzen für die Universitäten Kaiserslautern und Koblenz-Landau

Im Zuge der Bewertung des Hochschulsystems in Rheinland-Pfalz ist das MWWK zu der Auffassung gelangt, dass strukturelle Anpassungen notwendig sind. Das MWWK wird

- die Drei-Standort-Struktur der Universität Koblenz-Landau zum Herbst 2022 beenden,
- den Campus Koblenz zu diesem Zeitpunkt als eine eigenständige Universität etablieren,
- den Campus Landau zum Herbst 2022 mit der TU Kaiserslautern zusammenführen, um eine starke Universität in der Region der Pfalz zu schaffen sowie
- den Verwaltungsstandort Mainz sukzessive an die Standorte Koblenz und Landau verlagern und diesen Prozess bis zum Jahr 2024 abschließen.

Das MWWK hat für dieses Vorhaben durch den unabhängigen Expertenbericht eine starke Unterstützung erfahren. Auch die mit den Hochschulleitungen der betroffenen Einrichtungen und mit weiteren unabhängigen, erfahrenen Hochschulmanagerinnen und -managern geführten Gespräche haben die großen Potenziale einer veränderten Governance-Struktur bestätigt.

Entwicklungspotential in der Pfalz

Aus Sicht des MWWK ergeben sich für die Region der Pfalz folgende Chancen:

- Durch eine Zusammenführung der TU Kaiserslautern und des Standortes Landau entsteht eine Universität, die durch ihre Größe (18.900 Studierende, ohne Berücksichtigung der Fernstudierenden), durch die fachliche Breite der qualitativ hochwertigen Studienangebote und durch ihre ausgewiesene Forschungsstärke attraktiv ist für hervorragende Forschende und Studierende aus dem In- und Ausland. Dies stärkt den gesamten Studien- und Forschungsstandort und die Sichtbarkeit gegenüber der regionalen (Karlsruhe, Mannheim, Heidelberg) und überregionalen Konkurrenz.
- Durch das Zusammenbringen von starken Forschungsbereichen können neue, leistungsfähige Forschungscluster entstehen (z.B. Natur- und Ingenieurwissenschaften der TU Kaiserslautern und Umweltwissenschaften des Standortes Landau oder den Kompetenzen in der Digitalisierung an der TU Kaiserslautern und der Lernforschung am Campus Landau), die auch im bundesweiten und internationalen Forschungswettbewerb gute Chancen haben und zusätzliche Forschungsmittel einwerben werden.
- Kooperationen beider Standorte ermöglichen eine Erweiterung des bisherigen Studienangebots, das z.B. aus den Bereichen Umwelt und Technik und an aktuellen Fragen von Gesellschaft und Wissenschaft heraus entwickelt werden kann. Zudem bieten sich neue Möglichkeiten für Weiterbildungsstudiengänge auf der Basis des vorhandenen Studienangebots beider Universitätsstandorte (in Landau insbesondere der Umweltwissenschaften und der Psychologie).
- Das Angebot der Studienfächer an beiden Standorten bleibt erhalten. Für eine Weiterentwicklung darüber hinaus bestehen an beiden Standorten sehr gute Perspektiven. Die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern an beiden Standorten zeichnet sich durch hohe Qualität aus und kann gleichzeitig voneinander

profitieren. Das gegenseitige Nutzarmachen von standortspezifischen Angeboten kann die Studienqualität weiter verbessern.

- Eine Zusammenführung eröffnet neue Potenziale zur Weiterentwicklung der gesamten Wissenschaftsregion Pfalz. Neue Vernetzungen und Kooperation mit gesellschaftlichen Akteuren und Unternehmen in der Region können entstehen und regionale Bedarfe stärker berücksichtigt werden.

Entwicklungspotential in Koblenz

Für den Standort Koblenz eröffnen sich durch die angestrebte Eigenständigkeit und durch intensiviertere Kooperationen mit regionalen Akteuren neue Chancen. Ausgangspunkte sind die Stärken in der Lehrerbildung, in den MINT-Fächern, und in den Gesellschaftswissenschaften, die das derzeitige Profil des Standortes Koblenz prägen. Für das Land ist es wichtig, diese Stärken zu erhalten und durch neue Schwerpunktsetzungen zu ergänzen: Das Studienangebot im Lehramt am Standort Koblenz bleibt erhalten und bietet weitere Entwicklungsperspektiven. Insbesondere der Fachbereich Informatik verfügt über das Potenzial, die Profilbildung zu befördern. Die Kompetenzbildung in Bereichen von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung wie „e-Governance“ oder „e-Participation“ und der Ausbau der stark nachgefragten Wirtschaftsinformatik bieten ebenfalls vielversprechende Perspektiven.

Für ihre erfolgreiche Entwicklung benötigen Stadt und Region Koblenz eine Universität, die eine hohe Sichtbarkeit erzielt, die es ermöglicht, Studieninteressierte, wissenschaftlichen Nachwuchs und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler überregional und international zu gewinnen und die für die Region notwendige universitäre Forschungsleistungen hervorbringt. Weitere Möglichkeiten in der angewandten Forschung und der Fachkräfteausbildung ergeben sich aus der Kooperation beider Koblenzer Hochschulen, wie zum Beispiel in den Bereichen Bildgebende Verfahren oder Medizininformatik. Gerade in der Zusammenarbeit der Universität und der Hochschule für angewandte Wissenschaften in Forschung und Lehre kann die MINT-Region Kob-

lenz neue Impulse erhalten und regionalen Bedarfen von Stadt und Wirtschaft besser entsprochen werden.

Eine geänderte Struktur wird die gute Entwicklung der Profilbildung in Forschung und Lehre und damit auch die positive Entwicklung der Studierendenzahlen an den Standorten Koblenz und Landau nachhaltig stärken. Vor dem Hintergrund der bereits ausdifferenzierten und teilweise komplementären Profile der vier rheinland-pfälzischen Universitäten ist nicht zu erwarten, dass die beschriebenen Strukturveränderungen negative Effekte auf andere Hochschulstandorte, beispielsweise im Hinblick auf die Entwicklung der Studierendenzahlen haben werden. Vielmehr werden die hier vorgeschlagenen strukturellen Veränderungen wie auch die Profilbildungsprozesse im Rahmen des Hochschulzukunftsprogrammes wesentlich dazu beitragen, dass die Hochschulen des Landes insgesamt weiter an Attraktivität und Sichtbarkeit gewinnen werden.

Aufgabe der Landesregierung und des Parlaments ist es, die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung zu schaffen. Das MWWK erarbeitet in Abstimmung mit den Universitäten ein eigenständiges Gesetz, das die hochschulrechtlichen Voraussetzungen für eine neue Governance-Struktur schaffen soll.

Das verfassungsrechtlich garantierte Recht auf Selbstbestimmung der Hochschulen bedingt, dass die inhaltliche Profilbildung im Wesentlichen wissenschaftsbegleitet erfolgen muss. Das MWWK wird die Universitäten im gesamten Prozess unterstützen und insbesondere beim Umbau der Verwaltungsstrukturen eng begleiten. Eine zentrale Herausforderung für das Gelingen der Strukturveränderung ist eine enge Einbindung der von den Veränderungen Betroffenen. Das MWWK wird im Prozessverlauf sicherstellen, dass alle betroffenen Statusgruppen an den grundlegenden Entscheidungen beteiligt werden. Eine Umstrukturierung, die mittelfristig zu einer Auflösung des Verwaltungsstandortes Mainz und einem Teil-Transfer der bestehenden Verwaltung nach Koblenz bzw. nach Landau führt, stellt eine besondere Herausforderung dar, die Transparenz und Sensibilität für die Interessen der Beschäftigten erfordert.